

**Das Medibüro Kiel hat auf Grundlage seiner Erfahrungen und seines Wissens Wahlprüfsteine zur Kieler Kommunalwahl 2013 verfasst. Die Antworten der Parteien werden veröffentlicht.**

1. In unserer Stadt leben Menschen, die eine Krankenversicherung nicht bezahlen können oder aufgrund eines fehlenden Aufenthaltsstatus nicht in Anspruch nehmen können. Diese Menschen sind derzeit vom Menschenrecht auf Gesundheit ausgeschlossen. Die Bundes- und Landesebene wird in absehbarer Zeit keine Regelungen zur Abhilfe verabschieden.

- a) Haben Sie ein kommunalpolitisches Konzept, um hier Abhilfe zu schaffen?
- b) Welche Maßnahmen auf kommunaler Ebene werden Sie im Falle eines Wahlsieges umsetzen, um Abhilfe zu schaffen? Bzw. was hat Ihre Fraktion/Partei in Regierungsverantwortung bisher umgesetzt, um Abhilfe zu schaffen?
- c) Ist die Umsetzung dieser Maßnahmen für Sie in Koalitionsverhandlungen von entscheidender Bedeutung?

*Antwort zu 1.*

*Alle in Deutschland lebenden Menschen erhalten im Krankheitsfall eine Notfallbehandlung. Also auch diejenigen Menschen, deren Aufenthaltsstatus nicht geklärt ist. Diese Personen befinden sich in der Regel illegal in Deutschland. Hier eine über die Notfallbehandlung hinausgehende Regelung zu treffen würde bedeuten, dass illegal in Deutschland lebenden Menschen besser gestellt werden als diejenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen. Denn für diese Menschen gilt: Sie werden in den sogenannten Nichtzahlertarif überführt, der lediglich eine medizinische Notbehandlung vorsieht. Der Nichtzahlertarif ist zwar geringer, erlischt aber nicht, sondern muss auf jeden Fall bei Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nachgezahlt werden. Bei Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus fallen keinen Beitragsschulden an. Asylbewerber bekommen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen zur medizinischen Versorgung.*

2. In der Kampagne „Ein fairer Start ins Leben – für alle“ fordert das Medibüro Kiel eine Kostenübernahme für Schwangerschaftsvorsorge, sichere Entbindungen und die öffentlich empfohlenen Kinderimpfungen durch die Stadt Kiel.

- a) Unterstützen Sie diese Forderungen?
- b) Welche Form der Kostenübernahme schlagen Sie vor? Wollen Sie dafür einen eigenen Haushaltstitel einrichten?
- c) Ist die Umsetzung dieser Maßnahmen für Sie in Koalitionsverhandlungen von entscheidender Bedeutung?

3. Viele Städte haben Maßnahmen zur medizinischen Versorgung von Illegalisierten und nicht versicherten EU-BürgerInnen umgesetzt.

- a) Wie wollen Sie das Menschenrecht auf medizinische Versorgung für diese Gruppen sichern?
- b) Welche Form der Finanzierung schlagen Sie vor?

*Antwort zu 2. und 3.*

*Die Thematik sollte nicht isoliert auf kommunaler Ebene betrachtet werden. Die Beträge, die bei kostenintensiven medizinischen Maßnahmen wie intensivmedizinischer Betreuung oder bei schwerwiegenden operativen Eingriffen entstehen können, überschreiten die finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt Kiel bei weitem und sind grundsätzlich nicht abschätzbar. Sofern hier also überhaupt eine finanziell darstellbare Lösung angestrebt wird, ist eine bundeseinheitliche Regelung im Rahmen der Krankenversicherung anzustreben, denn nur die Solidargemeinschaft könnte solche Kosten decken.*

*In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass auch der Schleswig- Holsteinische Landtag auf Empfehlung des Innen- und Rechtsausschusses das Ziel verfolgt, eine bundeseinheitliche Entwicklung konstruktiv zu begleiten. Jenseits des finanziellen Aspekts ist dabei auch das Ziel zu verfolgen, dass für die Arbeit der ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte, die Menschen in Not behandeln, verlässlich geklärt ist, dass sie sich auf ihr ärztliches Handeln unabhängig von sonstigen rechtlichen Erwägungen - etwa im Kontext möglicher rechtlicher Auseinandersetzungen um den Aufenthaltsstatus der Betroffenen - konzentrieren können und ihre Schweigepflicht nicht in Frage gestellt wird.*

4. In Kiel, wie auch in anderen deutschen Großstädten, leben Menschen aus den neuen EU-Ländern teilweise unter sehr prekären sozialen Bedingungen. Sie haben noch keinen freien Arbeitsmarktzugang und gleichzeitig keine Möglichkeit in Notlagen Sozialleistungen zu beantragen. Auch hier sind auf EU-, Bundes- und Landesebene keine gesetzlichen Verbesserungen in Aussicht.

a) Was schlagen Sie vor, um Abhilfe zu schaffen? Bzw. was hat Ihre Fraktion bisher umgesetzt, um Abhilfe zu schaffen?

*Antwort zu 4.*

*EU-Bürger können nur dann nach Deutschland kommen, wenn sie erwerbstätig sind. Dann zahlen sie in die gesetzliche oder private Krankenversicherung ein und beziehen die gleichen Leistungen wie alle anderen Beitragszahler auch. EU-Bürger, die nicht erwerbstätig sind, müssen nachweisen, dass für sie ein umfassender Krankenversicherungsschutz besteht. Dann erhalten Sie daraus ihre Leistungen. Im Fall der EU-Bürger gibt es meiner Ansicht nach keinen weiteren Regelungsbedarf.*

5. Das Medibüro Kiel setzt sich für die Streichung oder Änderung des sogenannten Übermittlungsparagraphen (§87 AufenthG) ein. Nach unserer Ansicht wäre das die beste Möglichkeit, um sogenannte Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsstatus nicht vom Menschenrecht auf Gesundheit auszuschließen.

a) Unterstützen Sie diese Forderung?

b) Wenn ja, welche nachhaltigen Maßnahmen werden Sie umsetzen, um diese Forderung auf Bundesebene zu erreichen?

*Antwort zu 5.*

*Unabhängig davon, wie man den § 87 des Aufenthaltsbestimmungsgesetzes beurteilt, ist darauf hinzuweisen, dass die Kommunalpolitik auf die Gesetzgebung keine direkte Einflussmöglichkeit hat. Sofern der Gesetzgeber eine rechtliche Bestimmung ändert und dies zu finanziellen Folgekosten für die Länder und im Zuge dessen für die Kommunen führt, sind diese im Rahmen des Konnexitätsprinzips zu kompensieren.*

6. Von politischer Seite wird immer wieder vorgebracht, dass die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus und EU-Bürgerinnen nicht realisiert werden könne, weil die Haushaltslage der Stadt Kiel zu angespannt sei.

a) Wie stehen Sie zu dem „Dilemma“ Konsolidierung des Haushaltes Schuldenbremse versus Menschenrechte?

*Antwort zu 6.*

*Ausufernde Schulden führen zu erhöhten Zinszahlungen in der Zukunft, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt einschränken. Daher besteht hier nur vordergründig ein Dilemma. Denn wer strukturell den Haushalt konsolidiert, schafft langfristig die Voraussetzung für eine dauerhaft finanziell tragbare Erfüllung kommunaler sozialpolitischer Aufgaben. Allerdings müsste auch bei höheren finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten vermieden werden, dass durch die Unterstützung Menschen aus dem betreffenden Personenkreis in noch größerer Zahl nach Kiel kommen, weil dies eine weitere Verschärfung der Problematik zur Folge hätte.*